

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
A) Problemstellung und Untersuchungsziel	19
B) Der Artbegriff	34
I. Naturwissenschaftliche Artbegriffe	34
II. Der Artbegriff des Tierschutzgesetzes	36
C) Aktueller Umgang von Legislative, Administrative, Rechtsprechung und Gubernative mit den unbestimmten Rechtsbegriffen des Tierschutzgesetzes	39
I. Grundlagen	39
II. Legislative: Letzte Novellierung des Tierschutzgesetzes im Jahr 2013	40
1. Novelle im Jahr 2013/2014	41
2. Der Gesetzentwurf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus dem Jahr 2012	43
III. Ungenügender Vollzug durch die Administrative	45
IV. Aktuelle Rechtsprechung zu den unbestimmten Rechtsbegriffen artgemäß und verhaltensgerecht	49
1. VG Düsseldorf zur Rackhaltung von Königspythons	49
a) Sachverhalt	49
b) Gerichtliche Entscheidung	51
c) Bewertung	53
2. OVG Lüneburg zur artgerechten Haltung von Pferden	54
a) Sachverhalt	54
b) Gerichtliche Entscheidung	55
c) Bewertung	56
3. OVG Münster zum Verbot des Betreibens einer Hundeschule und -tagespension	56
a) Sachverhalt	56
b) Gerichtliche Entscheidung	57
c) Bewertung	59

4.	OVG Münster zur sog. Catch-and-release-Praxis	60
	a) Sachverhalt	60
	b) Gerichtliche Entscheidung	62
	c) Bewertung	63
5.	Zwischenfazit	64
6.	OVG Magdeburg zur Sauenhaltung im Kastenstand und Bestätigung durch das Bundesverwaltungsgericht	64
	a) Sachverhalt	64
	b) Gerichtliche Entscheidungen	67
	c) Bewertung	69
7.	OVG Münster zur Tötung von Eintagsküken	79
	a) Sachverhalt	79
	b) Gerichtliche Entscheidung	82
	c) Bewertung	88
8.	OVG Münster zu den tierschutzrechtlichen Anforderungen an die Liegefläche bei der Kälberhaltung	92
	a) Sachverhalt	92
	b) Gerichtliche Entscheidung	95
	c) Bewertung	99
9.	Zwischenfazit	104
10.	Zusammenfassende Bewertung der neuen Rechtsprechung	104
V.	Aktivitäten der Gubernative in Bund und Ländern und deren Bewertung	105
	1. Eine Frage der Haltung – Neue Wege für mehr Tierwohl	105
	2. Der Tierschutzplan Niedersachsen	110
	3. Tierschutzlabel	111
	4. „Gemeinsame Erklärung zum Tierschutz“ von Deutschland, Dänemark und den Niederlanden	113
	5. Die Nutztierhaltungsstrategie des BMEL	116
	6. Hessen: Runder Tisch Tierwohl in der Landwirtschaft	117
	7. Freiwilligkeit der Einhaltung der Gesetze – Disponibilität des Tierschutzgesetzes?	119
VI.	Fazit zur aktuellen Durchsetzung des Tierschutzgesetzes	120
D)	Artgemäß und verhaltensgerecht: Vielversprechende und viel versprechende unbestimmte Rechtsbegriffe des Tierschutzgesetzes	124
I.	Die erstmalige Verwendung der Begriffe artgemäß und verhaltensgerecht im TierSchG i. d. F. vom 24. Juli 1972	125

II. Entwicklung der Begriffe artgemäß und verhaltensgerecht im Zuge des Ersten Gesetzes zur Änderung des TierSchG 1986	135
III. Weitere Änderungen der Tierhaltergrundnorm bis heute	140
IV. Die Begriffe artgemäß und verhaltensgerecht in der Rechtsprechung und in der juristischen (Kommentar)literatur	142
1. Rechtsprechung zu den Begriffen artgemäß und verhaltensgerecht	143
a) Die „Hennen-Entscheidung“ des Bundesverfassungsgerichts	143
b) Die Rechtsprechung vor der Hennen-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts	150
c) Die Rechtsprechung nach der Hennen-Entscheidung	154
2. Aussagen aktueller Kommentarliteratur zu den Begriffen artgemäß und verhaltensgerecht	156
3. Außerjuristische Definitionen und Kritik zu den Begriffen artgemäß und verhaltensgerecht	169
4. Zwischenfazit	178
E) Modelle zur Konkretisierung der unbestimmten Rechtsbegriffe artgemäß und verhaltensgerecht	180
I. Rechtsverordnungen, insbesondere: Die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung (TierSchNutztV)	180
1. Die TierSchNutztV: Nichtig wegen inhaltlicher Verböserung am Beispiel der Vorschriften über die Anforderungen an das Halten von Kaninchen, §§ 31-37 TierSchNutztV	182
a) Die Praxis in der Nutztierhaltung und der Einfluss der TierSchNutztV	189
aa) Die Konkretisierung der unbestimmten Rechtsbegriffe des § 2 TierSchG	198
(1.) Der Rahmen der Ermächtigungsnorm des § 2a TierSchG	198
(2.) Vorgesehene Vorgehensweise zur Konkretisierung der unbestimmten Rechtsbegriffe <i>artgemäß</i> und <i>verhaltensgerecht</i>	199

bb)	Außerjuristisches Fachwissen als Grundlage der TierSchNutzV	204
	(1.) Durch Sachverständige generierte Studien/ Gutachten: Fehler in der Wissensgenerierung zur Vorbereitung der §§ 31-37 TierSchNutzV	206
	(a) Inhalte, Vorgehensweise und Ergebnisse der Studie Hoy/Wagner	208
	(b) Zwischenergebnis	214
	(c) Die Studie „Gutachten über tierschutzgerechte Haltung von Nutzgeflügel“ 1974 und Folgegutachten	214
	(2.) Beteiligung der Tierschutzkommission gem. § 16b TierSchG	220
	(3.) Verbändeanhörung	222
	(4.) Einfluss des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	224
	(5.) Zwischenergebnis	225
cc)	Die Verflechtung des außerjuristischen Wissens mit juristischen Elementen zu Inhalten der TierSchNutzV	226
b)	Verstoß gegen §§ 1, 2 TierSchG: Zurückdrängung der Belange des ethisch begründeten Tierschutzes und der tierlichen Belange über die Grenzen eines angemessenen Ausgleichs	226
aa)	Erhebung der tierlichen Belange	227
	(1.) Wissensgrundlage der Vorschriften über Anforderungen an das Halten von Kaninchen	228
	(2.) Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen der Studie Hoy/Wagner	228
	(3.) Vergleich der Studie Hoy/Wagner mit dem Entwurf und den Inhalten der §§ 31-37 TierSchNutzV	234
bb)	Die artgemäßen Bedürfnisse von Kaninchen	237
cc)	Zwischenergebnis: Fehler in der Wissensgenerierung durch Ermittlungsdefizit und Abwägungsdefizit mit Auswirkungen auf das Ergebnis	240

c)	Verstoß gegen §§ 17, 18 TierSchG – Vermeintliche Legitimation von Straftat und Ordnungswidrigkeit	241
aa)	§§ 31-37 TierSchNutztV stellvertretend für ökonomische Interessen als vernünftiger Grund?	245
bb)	Unvermeidbarer Verbotsirrtum wegen Zulassung einer bestimmten Haltungsform durch Rechtsverordnung?	253
cc)	Zwischenergebnis: Vermeintliche Legitimation von Straftat und Ordnungswidrigkeit	257
d)	Verstoß gegen verbindliche Vorgaben aus dem europäischen Tierschutzrecht	257
aa)	Europäisches Übereinkommen zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen (ETÜ)	258
bb)	Art. 13 AEUV und EU-Nutztierhaltungsrichtlinie	261
e)	Verstoß gegen deutsches (Verfassungs)recht	265
aa)	Art. 20a GG – Staatsziel Tierschutz	265
(1.)	Verschlechterungshindernis	267
(2.)	Nachbesserungspflicht	269
(3.)	Unterlassungspflichten	270
(4.)	Schutzpflichten	271
(5.)	Optimierungsgebot	272
(6.)	Effektivitätsgebot	272
(7.)	Staatliche Gewährleistungsverantwortung	272
(8.)	Nationale Schutzverstärkungsklausel	273
(9.)	Leitlinien für Abwägungsvorgänge	273
bb)	Verstoß gegen das Verordnungsermessen und gegen § 2a TierSchG	274
f)	Zwischenergebnis	276
2.	Lösungswege für rechtmäßige, verfassungs- und unionsrechtmäßige Inhalte der TierSchNutztV	277
3.	Andere Rechtsverordnungen zur Konkretisierung des § 2 TierSchG	280
I.	Gutachten, insbesondere: Das Säugetiergutachten	280
1.	Das Säugetiergutachten	282
2.	Rechtsqualität des Säugetiergutachtens	289
a)	Sachverständige, Gutachten, Sachverständigengutachten und antizipierte Sachverständigengutachten	292
aa)	Anforderungen an Sachverständige, Gutachten und Sachverständigengutachten	294
bb)	Das antizipierte Sachverständigengutachten	296

cc)	Anforderungen an antizipierte Sachverständigengutachten und an das Sachverständigengremium	299
dd)	Anforderungen an die Sachverständigen des Gremiums	304
ee)	Sachverstand – Sachkunde – Fachwissen	305
ff)	Anforderungen an den Sachverstand	305
gg)	Unabhängigkeit	316
hh)	Anforderungen an das Verfahren	317
ii)	Anforderungen an die dem Verfahren nachgelagerte Situation	319
b)	Kritik am Säugetiergutachten	320
aa)	Zusammensetzung der Arbeitsgruppe	320
bb)	Nur zum Teil konsensuale Entscheidungen	321
cc)	Keine Unabhängigkeit, sondern vorrangig ökonomische Interessen seitens der Zoo-Vertreter	323
dd)	Mitwirkung von Sachverständigen, die Zoos generell ablehnen	328
ee)	Mitwirkung von Sachverständigen ohne einschlägiges Hochschulstudium bzw. einschlägige Berufsausbildung	328
ff)	Keine Anerkennung von Inhalten österreichischer und schweizerischer Rechtsnormen	330
gg)	Kritik am Verfahren und an der wissenschaftlichen und praktischen Grundlage	330
hh)	Kritik an der Arbeitsweise der Gruppe	335
ii)	Widersprüchliches Verhalten	338
jj)	Kritik an der Moderation durch das BMELV/BMEL	340
kk)	Kritik an den langen Zeiträumen bis zur nächsten Aktualisierung	340
ll)	Kritik an der Intransparenz des Verfahrens	341
mm)	Kritik an den Inhalten des Entwurfs bzw. an denen des veröffentlichten Säugetiergutachtens: Auch hier: Verböserung und damit Verstoß gegen rechtliche Vorgaben	342
nn)	Kein Vorliegen der Voraussetzungen, die ein antizipiertes Sachverständigengutachten erfüllen muss	344
oo)	Kritik an der (Rechts-)Form Gutachten	349
c)	Zwischenfazit und Folge	349

3. Gutachten versus Rechtsverordnung – warum es statt des Säugetiergutachtens keine Verordnung über Mindestanforderungen an die Haltung von Säugetieren gibt	350
a) Die Charakteristika eines unverbindlichen Gutachtens	353
b) Die Charakteristika einer verbindlichen Rechtsverordnung	355
c) Zwischenfazit	357
d) Pflicht zum Erlass von Rechtsverordnungen?	358
aa) Konkretisierung durch den Amtstierarzt	365
bb) Konkretisierung durch Rechtsverordnung	369
cc) Konkretisierung durch bzw. Regelung im Gesetz	370
e) Warum es keine Rechtsverordnung gibt	371
aa) Umgehung des Zustimmungserfordernisses des Bundesrates	371
bb) Mehr Akzeptanz durch Beteiligung von Tierschutzorganisationen	372
cc) Fehlende wissenschaftliche Erkenntnisse	373
dd) Fehlende Möglichkeit der (Norm-)Verwerfung	374
ee) Politische Einflüsse der Lobby	375
ff) Umgehung eines geregelten Verfahrens	375
gg) Zwischenergebnis	375
f) Fazit zur Regelungspflicht	376
4. Inhalte der nichtigen Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung	377
5. Die demokratische Legitimation des Säugetiergutachtens	377
III. andere Konkretisierungsmodelle für die Konkretisierung der unbestimmten Rechtsbegriffe des Tierschutzrechts	378
1. International: Die fünf Tierschutzkonventionen des Europarats und die Gutachten der OIE	378
2. EU-Ebene: Richtlinien, Verordnungen, Tierschutzstrategie der EU, Mitteilungen und die EFSA	382
a) EU- Richtlinien	382
b) Verordnungen	383
c) Die Tierschutz-Strategie 2012-2015 der EU	384
d) Andere Mitteilungen und Gutachten	385
3. Die private Ebene: Tierschutzmerkkblätter von Interessengruppen	387

F) Lösungsvorschlag; Richtige Vorgehensweise zur Konkretisierung der unbestimmten Rechtsbegriffe <i>artgemäß</i> und <i>verhaltensgerecht</i>	388
I. Der Anhang zu § 2 TierSchG	388
II. Die tierschutzrechtliche Verbandsklage auf Bundesebene	391
G) Zusammenfassung, Ausblick und Erwartungen	394
Literatur- und Quellenverzeichnis	401